

# Spannungsverhältnisse von (Vor)Sorge und (Un)Gleichheiten in pandemischen Zeiten

---

*Friederike Schmidt und Hanna Weinbach*

## Zur Reflexion der COVID-19-Pandemie

Seit Beginn der COVID-19-Pandemie sind, mit Veröffentlichung dieses Sammelbandes, knapp vier Jahre vergangen. Die Konsequenzen des pandemischen Geschehens und der verschiedenen Bemühungen zu seiner Eindämmung sind erheblich. Sie sind von globaler Tragweite und betreffen nicht allein die Gesundheit, sondern alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens: Von den sozialen Beziehungen und dem alltäglichen Miteinander über die Bildung, die Politik und das Recht, die Wirtschaft, Medien und Wissenschaft, Kunst und Musik bis hin zu Sport, Freizeit, Erholung u. a. m. Die politischen Maßnahmen zur Infektionsprävention sind mittlerweile eingestellt worden. Nunmehr ist somit eine Phase der Reflexion der COVID-19-Pandemie in ihren Auswirkungen auf Subjekte wie auch auf Gesellschaft insgesamt – wenngleich im vorliegenden Band wesentlich auf den deutschen und österreichischen Kontext begrenzt – eröffnet. Dabei zeigt sich deutlich, dass die Pandemie nicht alleine ein medizinisches, sondern ein vielschichtiges gesellschaftliches Problem darstellt, was früh wissenschaftlich thematisiert worden ist (vgl. Volkmer/Werner 2020) und die mittlerweile umfangreiche Forschung eindrücklich belegt (vgl. Müller 2022). Das Sars-Cov-2-Virus und die politischen Bemühungen zu seiner Eindämmung wirken insbesondere auf Verhältnisse von (Vor)Sorge und (Un)Gleichheiten ein. Dabei markiert die gebrochene Schreibweise dieser Begriffe eine wechselseitige Bezogenheit und Spannung in und zwischen Phänomenen der Sorge, Vorsorge/Prävention, Gleichheit und sozialen Ungleichheiten. Wir werden hierauf zunächst mit Blick auf Aspekte der (Vor)Sorge (1) und der (Un)Gleichheiten (2) eingehen, bevor wir dann die Struktur und die einzelnen Beiträge des Bandes vorstellen (3).

## 1. (Vor)Sorge

Da ist zunächst der Begriff der *Sorge*, mit dem ein, wie Sabine Hark (2021: 212) feststellt, »unscharfes, ein messy Konzept« vorliegt. Das liegt einerseits daran, dass Menschen in ihrem Leben unterschiedlichste Sorgen haben und sie in vielfältigster Weise für sich selbst und für andere sorgen. Andererseits resultiert die Unschärfe des Sorgebegriffs daher, dass mit ihm verschiedene und dabei zusammenhängende Phänomene bezeichnet werden: Zum einen geht es in der Sorge um ein »bedrückendes Gefühl innerer Unruhe und Angst, das durch eine unangenehme, schwierige Lage hervorgerufen wird, mit der jmd. belastet ist oder die jmd. in der Zukunft befürchten muss« (DWDS 2023). Konkretisiert auf die Pandemie wären hier etwa die Sorge vor einer Infektion, vor einer Erkrankung, vor dem Verlust des Einkommens und des Arbeitsplatzes, vor Einsamkeit und Überforderung, vor der Zukunft oder vor einer Gefährdung anderer zu nennen (vgl. Thomas i.d. Bd.). Mit dieser Sorge von Subjekten im Sinne von Befürchtungen und Ängsten ist zum anderen eine weitere Bedeutung von Sorge eng gekoppelt: »das Umsorgen, die Fürsorge, Unterstützung, Hilfe, die jmd. jmdm., einer Sache zuteilwerden lässt« (DWDS 2023), somit das Sorgen, das grundlegend auf *Kontakt* verwiesen ist. Hieran schließt auch die in den letzten Jahren intensiv geführte Debatte um Care und Care-Krisen an mit den dabei gestellten Fragen zur Anerkennung zumeist weiblicher Sorge-Arbeit, zur Organisation der Aktivitäten des Sorgens von Menschen und Generationen sowie der damit einhergehenden Probleme und Ungerechtigkeiten oder zur Gestaltung von Sorgeverhältnissen im Sinne eines guten Lebens für alle (Abel/Nelson 1990; Plonz et al. 2011; Dowling 2022; bezogen auf die Pandemie: Villa 2020; Langer et al. 2022).

Für beide Sorgebegriffe ist zentral, dass sie über einen Zukunftsbezug charakterisiert sind. Sorge(n) wirken, wie dies Henkel et al. (2016) für die Sorge konstatieren, »durch die Voraussicht, durch die Vergegenwärtigung dessen, was nicht ist, aber doch werden könnte« (Henkel et al. 2016: 21). Vor diesem Hintergrund bewegen sich Sorge(n) auch grundlegend im Spannungsfeld einer Vergegenwärtigung und Vorwegnahme von Zukunft sowie einer Perspektivierung und Problematisierung eines noch Unbekannten. Zugleich legen die bisherigen Überlegungen nahe – und die Care-Forschung zeigt dies recht eindrücklich –, dass Sorge(n) in sich – mindestens in spätmodernen Gesellschaften – »vielgestaltig und vieldeutig, reich an Ambiguitäten und Ambivalenzen, eingebettet in widersprüchlich organisierte, patriarchal-kapitalistische und kolonial-rassistische globale gesellschaftliche Verhältnisse«

(Hark 2021: 212) sind. Sorge(n) unterliegen so auch nicht allein biographischen Wandlungen im Lebensverlauf, sondern sie sind abhängig von den gesellschaftlichen, politischen, rechtlichen und nicht zuletzt wirtschaftlichen Voraussetzungen und Verfasstheiten, die sie bedingen.

Diese uns relevant erscheinende Historizität und Gesellschaftlichkeit der Sorge und des Sorgens gilt umso mehr, wenn an das Verhältnis von Sorge und Vorsorge angeschlossen wird, mit dem ein spezifisch *moderner* Konnex angesprochen ist. In dem Moment, wo die Zukunft nicht mehr deterministisch erscheint und vielmehr als zu gestaltende begriffen wird – in der Moderne –, wird die Ausrichtung der Zukunft zu einer bewältigbar erscheinenden wie auch zu bewältigenden Ungewissheit. Während zwar in der Vormoderne ebenfalls nicht klar ist, was die Zukunft bringt und sie insofern von fehlenden Gewissheiten geprägt ist, gilt die Gestaltung von Zukunft selbst als nur bedingt beeinflussbar, ist sie grundlegend durch eine höhere Instanz, Gott o.ä., bestimmt. Den Menschen bleibt in diesem Sinne nur übrig, sich als gottgefällig zu erweisen, um bessere Chancen auf eine für sie vorteilhafte Zukunft zu haben und/oder ihr Schicksal nicht herauszufordern, z.B. sich Gefahren auszusetzen. Mit der Moderne werden die Möglichkeiten der Zukunftsbewältigung bei Menschen und deren Verhalten, zunehmend auch in deren Weisen der Lebensführung gesehen, womit die Zukunft als gestaltbar erscheint – mit dem Nebeneffekt, dass sie sich entgegen vorher entworfener Vorstellungen entwickeln kann. Zugleich werden die Möglichkeiten der Zukunft, d.h. die Potentiale einer imaginierten potentiellen Gegenwart, im Menschen selbst verortet – mit dem Nebeneffekt, dass die als gelungen erachtete sowie die nachteilig wahrgenommene Zukunft als menschenverursacht gilt. In diesem Kontext wird eine Perspektivierung von Zukunft und deren Planung, somit Sorge(n) als Vergegenwärtigung und Bewältigung von Zukunft relevant.

Jene Zusammenhänge finden in wohlfahrtsstaatlichen Gesellschaften ihren Niederschlag darin, dass »Sorge begrenzend die Fürsorge institutionalisiert und Sorge entgrenzend die vorsorgende Gestaltung einer als unsicher erlebten Zukunft in die Verantwortung des Einzelnen [ge]legt« (Henkel et al. 2016: 21) wird. Diese Doppelgestalt der Institutionalisierung und Individualisierung der Sorge(n) im Wohlfahrtsstaat hat im Zuge bildungs- und sozialpolitischer Entwicklungen seit Ende der 1990er Jahre insofern an Bedeutung gewonnen, als dass die Gestaltung des (zukünftigen) Wohlergehens der Subjekte vermehrt in den öffentlichen Aufmerksamkeitsbereich einrückt und dazu immer mehr Angebote bereitgestellt werden. Beispielhaft dafür ist der Ausbau der Besuchszeiten von Kindern und Jugendlichen in pädagogischen

Einrichtungen oder auch die Zunahme an Beobachtungs- und Fördermaßnahmen im Kontext der kindlichen Entwicklung (vgl. Kelle/Schmidt 2015; Kutscher 2018; Rettig/Schröder/Zeller 2017). Daneben – und weitgehend flankierend dazu – werden Subjekte selbst vermehrt als Verantwortliche ihrer Lebensgestaltung angesprochen und zur Gestaltung dieser aufgefordert (vgl. Bröckling 2017). Beide Bezugnahmen auf Sorge(n) sind wiederum eng mit einer doppelten Begründung verschränkt: Einerseits geht es um die Sicherung des Wohls der Subjekte und andererseits um die Sicherung des Wohls der Gesellschaft, das mit ersterem gekoppelt wird, womit jede Selbst-Sorge immer auch als Gesellschafts-Sorge greift (vgl. Lessenich 2020). Auffällig ist dabei, dass in den öffentlichen Debatten und den verschiedenen Angeboten der Sorge-Arbeit weder Thematisierungen einer befürchteten Zukunft (die Sorge) noch die Unterstützung oder Hilfe selbst (das Sorgen) zur Disposition stehen. Auch geht es nicht mehr vorwiegend um eine Bewältigung oder Kompensation gegenwärtiger Probleme der Lebensgestaltung. Stattdessen gewinnt der für Sorge(n) grundlegende Zukunftsbezug an Intensität, indem präemptive, somit vorsorgende Bezugnahmen auf das Wohl der Subjekte (und der Gesellschaft) Bedeutung erlangen. Exemplarisch dafür ist etwa das 2015 verabschiedete »Gesetz zur Stärkung der Gesundheitsförderung und der Prävention« (Präventionsgesetz – PräVG) oder – für den erziehungswissenschaftlichen Kontext relevant – der 13. Kinder- und Jugendbericht mit dessen Schwerpunkt auf »Mehr Chancen für gesundes Aufwachsen – Gesundheitsbezogene Prävention und Gesundheitsförderung in der Kinder- und Jugendhilfe« (BMFSFJ 2009). Auch in Bezug auf den medizinischen Bereich als zentralem Bezugsrahmen des politischen Umgangs mit der COVID-19-Pandemie ist verschiedentlich darauf hingewiesen worden, dass sich mit der »wachsende[n] Bedeutung der prädiktiven Medizin« (Karle 2019: 24) der Umgang mit dem Thema Gesundheit gewandelt hat. So geht es »nicht mehr nur um die Therapie von schon eingetretenen Krankheiten, sondern auch um ihre präventive Vermeidung über die Analyse der genetischen Disposition« (Karle 2019: 24).

Wesentliche Begründung des Ausbaus von Vorsorgemaßnahmen ist die Vorbeugung und Verhinderung problematischer Ereignisse und Entwicklungen sowie der Schutz der Subjekte und der Gesellschaft. Darin sind Vorsorgemaßnahmen, die sämtliche Lebensbereiche mittlerweile erfasst haben, auch erfolgreich – Krebspräventionen zeigen das ebenso eindrücklich wie Sicherheitsgurte im Auto, Sportkurse oder die Präventionsmaßnahmen im Rahmen der COVID-19-Pandemie. Dennoch sind der Vorsorge bestimmte

Dilemmata konstitutiv und sind ihr so spezifische Ambivalenzen inhärent. In diesem Zusammenhang wird in der Literatur u.a. auf die Zeitbezüge der Vorsorge verwiesen, nimmt die Vorsorge doch einen Bezug auf eine *ungewisse* Zukunft und ist damit durch einen »paradoxen Vorgriff auf eine noch unbekannte Zukunft« (Kelle/Schmidt/Schweda 2016: 71; vgl. auch Fuchs 2008) charakterisiert. Zwar basieren Vorsorgemaßnahmen auf statistisch ermittelten Zusammenhängen zwischen Sachverhalten, etwa Familienstrukturen und schulischer Bildungslaufbahn (vgl. Hillmert 2012) oder sozio-ökonomischen Hintergründen und Ernährungsweisen sowie Gesundheitszustand (vgl. Kurth/Schaffrath Rosario 2007); dennoch bleibt unklar, ob und wie sich die Sachverhalte letztlich konkret darstellen, etwa ob und wie sich die familialen Verhältnisse auf die Bildungslaufbahn der je einzelnen Kinder auswirken oder ob und wie die Ernährungsweise von Müttern in der Schwangerschaft auf das Essverhalten und die Gesundheit ihres Kindes Einfluss nimmt (vgl. Schmidt 2021) – immerhin ist Entwicklung durch verschiedene Faktoren bedingt. Eng damit verbunden wird in diesem Zusammenhang auch über eine Generalisierung und Ausweitung des Verdachts diskutiert, da angesichts einer unumgänglichen Ungewissheit der Zukunft – aus Perspektive der Vorsorge – letztlich jedes Handeln als Konsequenz virulent und damit potentiell gefährdend wird. In diesem Lichte »generalisiert der präventive Blick den Verdacht und sucht Indizien aufzuspüren, die auf künftige Übel hindeuten und an denen die vorbeugenden Maßnahmen ansetzen können« (Bröckling 2004: 211f.), sodass es im Versuch der Vermeidung problematischer Entwicklungen immer auch zu einer Vervielfältigung der konkreten Anlässe des Eingriffs und einer Vorverlagerung des Zugriffs auf die Subjekte kommt (vgl. auch Bastian 2015: 56). Folglich bewegt sich die Vorsorge einerseits im Spannungsfeld eines Versuchs der Vorbeugung und damit verbundenen Regulierung der Lebensbedingungen sowie des Verhaltens der Subjekte und andererseits im Spannungsfeld von Bemühungen einer Bewältigung und darüber erreichten Intensivierung von Ungewissheiten.

## 2. (Un)Gleichheiten

Die Herstellung von Vorsorge und Sorge in der Pandemie hängt mit der Re-Produktion alter und neuer sozialer Ungleichheiten zusammen, also mit dem sozial ungleichen Zugang zu gesellschaftlichen Ressourcen (vgl. Kreckel 2004). Im Begriff der (Un)Gleichheiten ist die Gleichheit enthalten, die einen

zentralen Anspruch der modernen, freiheitlich-demokratischen Gesellschaft darstellt; ein Versprechen, dass diese, in ihrer spezifischen kapitalistischen Verfasstheit, jedoch nicht einzulösen in der Lage zu sein scheint (vgl. Klingner/Knapp 2007: 20). Bezogen auf die Pandemie kann zwar grundsätzlich eine Ansteckung mit dem Sars-Cov-2-Virus und eine Erkrankung alle betreffen, und so richten sich die Infektionspräventionsmaßnahmen wie z.B. Maskentragen, Abstandhalten und Quarantänevorschriften auch auf alle Menschen. »Seuchen«, so stellt Thießén (2021: 111) in seiner historischen Einordnung fest, »gelten als große Gleichmacherinnen« (vgl. auch Manemann 2020). Eine Gleichheit vor ihnen gibt es jedoch faktisch nicht (vgl. ebd.). Es sind vielmehr insbesondere die sozial *ungleichen* Bedingungen, unter denen Menschen leben, die entscheiden, ob sie sich mit dem Virus infizieren, an COVID-19 erkranken und daran sterben, und inwieweit sie von den negativen Konsequenzen von Maßnahmen der Pandemiepolitik betroffen sind (vgl. Knöchelmann/Richter 2021; s. auch Mecheril et al. i.d.Bd.): Die meisten Berufstätigkeiten z.B. lassen sich nicht ins Home Office verlagern, wo möglicherweise Abstand gehalten und Kontakt reduziert werden kann; nicht allen Menschen steht überhaupt Wohnraum bzw. ausreichend Wohnraum zur Verfügung; dasselbe gilt für u.a. zeitliche Unterstützungsmöglichkeiten durch familiär verfügbare Sorgeverantwortliche im sogenannten Home Schooling; Kindheit, Jugend, Elternschaft und Familien werden von Kontakteinschränkungen und geschlossenen Bildungs-, Betreuungs- und Pflegeeinrichtungen grundlegend herausgefordert; Mobilität bedeutet für den größten Teil der Bevölkerung nicht Individualverkehr; und nicht zuletzt erhalten nicht alle Impfstoffe und medizinische Versorgung, zumal wenn sich – in globaler Perspektive – reiche Länder Impfstoffe sichern, während diese großen Teilen der Bevölkerung von Ländern, die dem globalen Süden zugerechnet werden, verwehrt bleiben. Soziale Ungleichheiten bedingen somit nicht allein das Infektions-, Erkrankungs- und Mortalitätsrisiko. Sie wirken darüber hinaus, indem sozial ungleiche Lebensbedingungen auch darauf Einfluss haben, inwieweit gegenwärtige und zukünftige subjektive Handlungsfähigkeiten und gesellschaftliche Teilhabeoptionen (Kaufmann 2005) infolge der Pandemie beeinträchtigt werden.

Verhältnisse von (Vor)Sorge der Menschen in der Pandemie sind also mit sozialer Ungleichheit verwoben, der im wohlfahrtsstaatlich verfassten Gemeinwesen konstitutiv entgegenzuwirken ist. Dass soziale Ungleichheit zuweilen als das mögliche »Hyperproblem« (Seyd/Band 2021: 314) der Moderne thematisiert wird, ist dabei eine recht neue Entwicklung. Bereits einige

Jahre vor der Pandemie haben die Diskussionen um soziale Ungleichheit an Fahrt aufgenommen – nach einer Phase, in der sie, angesichts einer zu Zeitdiagnosen von Individualisierung und Pluralisierung korrespondierenden Fokussierung auf Lebensstil- und Milieufragen (Solga/Berger/Powell 2009: 39f.), gesellschaftlich und politisch eher randständig thematisiert worden ist. Das neuere Interesse an sozialer Ungleichheit und ihrer Erforschung begründet sich Mau/Schöneck (2015: 12f.) zufolge dadurch, dass »[d]as Streben nach mehr Gleichheit [...] ins Hintertreffen geraten und als politisches Ziel verblasst [ist], zugleich flammt in nennenswerten Teilen der Bevölkerung auch Empörung über allzu große Ungleichheiten auf.« Eine Entsprechung dazu findet sich in dem vieldiskutierten Befund von Reckwitz (2019), wonach die Gesellschaft der Spätmoderne eine »Drei-Klassen-Struktur« (Reckwitz 2019: 86) aufweise. Der Wandel von der Industrie- zur propagierten Wissensgesellschaft habe den sozialen Aufstieg einer »neue[n] Mittelklasse« aus der »traditionellen Mittelklasse« sowie eine »kleine Oberklasse der Superreichen« befördert. Gleichzeitig würden aber immer mehr Menschen zu niedrigen Löhnen, im Servicebereich und prekär beschäftigt arbeiten und zudem seien nach wie vor viele vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen (ebd.: 87, Herv. i. O.; vgl. auch Nachtwey 2016: 169). Insgesamt lassen sich, wie Seyd/Band (2021: 313) argumentieren, »[i]n der Vervielfältigung, Vertiefung, Verfestigung und Verarbeitung gesellschaftlicher Ungleichheiten, wie sie zahlreiche Studien und Reports belegen, [...] die Konturen einer Wiederbelebung der sozialen Frage ausmachen.« Dies unterstreichen die Befunde des World Inequality Report 2022, in dem mit Blick auf globale Einkommensungleichheiten festgestellt wird, dass diese »heute in etwa so groß [sind] wie auf dem Höhepunkt des westlichen Imperialismus zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung bezieht heute einen Anteil am globalen Einkommen, der etwa halb so groß ist wie 1820, als die Schere zwischen den westlichen Ländern und ihren Kolonien noch nichtauseinanderklaffte« (Neef/Chancel 2022: 33). In Deutschland sind, wie in dem Report im Vergleich mit anderen Ländern Westeuropas deutlich wird, die Einkommensungleichheit sowie die Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern sowie Ost- und Westdeutschland hoch (vgl. Neef/Chancel 2022: 30).

In der Forschung zu sozialer Ungleichheit zeichnet sich daneben eine wechselseitige Anregung ab von Konzepten »klassischer« Ungleichheitsforschung, die auf makrostruktureller Ebene insbesondere die Verteilung von Einkommen und Vermögen zwischen Bevölkerungsgruppen in den Blick nehmen, und Ansätzen der Intersektionalitätsforschung (Crenshaw 1989;

Klinger/Knapp/Sauer 2007; Winker/Degele 2010; v. Alemann 2022) sowie Forschungsansätzen, die Prozesse der Herstellung von Differenz und sozialer Ungleichheit in Alltagspraktiken in den Blick nehmen und somit an Mikroprozessen sozialer Beziehungen unter Gesichtspunkten der Re-Produktion von Ungleichheit interessiert sind (vgl. Hillebrandt 2001: 48; Hirschauer 2014; Pfaff/Rabenstein 2018). Die Notwendigkeit einer mikro- bzw. kultursoziologischen Perspektive betont bereits Knecht (2001: 331), wenn sie darauf hinweist, dass es »der veränderten Realität von Gegenwartsarmut [entspricht], diese nicht nur als soziale Ungleichheit, sondern als aktive Ausgrenzung auf ökonomischer, kultureller, institutioneller, sozialer Ebene und vom Arbeitsmarkt zu theoretisieren«. Hinsichtlich einer generationalen Ordnung weist eine solche Mikroperspektive auf machtvollere Prozesse der Hervorbringung von Ungleichheit in Interaktionen, Diskursen und Institutionen hin. Konkret auf die Pandemie bezogen nimmt Voigts (2020: 219) Bezug auf den medialen Blick auf Kindheit und Jugend während der Pandemie in Deutschland und problematisiert dabei: »Kinder werden als ›Virenschleudern‹ bezeichnet, Jugendliche als unverantwortlich handelnde Gruppe vorgeführt, die ›Corona-Partys‹ feiern. Sie werden verallgemeinernd als negative Wesen assoziiert, die Begrenzungen brechen und dafür Bußgelder zahlen sollen. Es ist eine beängstigende Entwicklung, wenn die derzeitige Lage dazu führt, dass jugendliches Verhalten erneut kriminalisiert wird.« Auch Holst/Fessler/Niehoff (2022) plädieren für eine intersektionale Betrachtungsweise der ungleichheitsbezogenen Folgen der Pandemie, wobei sie die erwerbsarbeitsbezogene Klassenlage, das Geschlecht sowie unbezahlte Sorgetätigkeiten im Blick haben. Ausgehend von einer Multi-Method-Studie zur Relevanz von Klassenungleichheiten konstatieren sie, dass die Pandemie zwar kein Klassenbewusstsein erzeuge, jedoch eine »Kollektiverfahrung« (Holst/Fessler/Niehoff 2022: 62) darstelle. Im Bereich der Erwerbsarbeit spiegelten sich »die kaskadierenden Krisen der Pandemie und ihre Ungleichheitseffekte« (ebd.: 42) etwa in »der Dominanz der gesundheitlichen Risiken in den interpersonellen Klassen, der wirtschaftlichen Lasten in den selbständigen und den technischen sowie des mobilen Arbeitens in den administrativen Klassen« (ebd.: 62). Wie sich in der intersektionalen Betrachtung zeigt, haben Frauen dabei »[u]nabhängig von ihrer sozioökonomischen Position [...] ein deutlich erhöhtes Risiko, Konflikte zwischen Erwerbs- und Sorgearbeit zu erleben« (ebd.). Im Ergebnis der Studie erweist sich somit die Klassenlage hinsichtlich von Vereinbarkeitskonflikten von Erwerbs- und Sorgearbeit als weniger bedeutsam als Alter und Geschlecht – wohlgermerkt nicht jedoch mit Blick auf die Bewältigung die-

ser Konflikte (ebd.: 43). Verhältnisse von (Un)Gleichheiten in der COVID-19-Pandemie sind folglich, so lässt sich festhalten, einerseits durchzogen von Spannungen zwischen einer grundlegenden, alle Menschen betreffenden Möglichkeit der Infektion und Erkrankung mit dem Sars-Cov-2-Virus bei gleichzeitig dennoch ungleichen Risiken der Infektion, Erkrankung und Krankheitsverläufen. Andererseits werden Spannungen sichtbar angesichts einer Pandemiepolitik, die – auch vor dem Hintergrund des wohlfahrtsstaatlichen Anspruchs der Sicherung des Schutzes vulnerabler Personen – zu einer breiten Ausrichtung der Infektionspräventionsmaßnahmen ansetzt, dabei aber auf ungleiche Möglichkeiten der Einhaltung der Infektionsprävention sowie ungleiche Kompensationsmöglichkeiten der Auswirkungen der Maßnahmen trifft und die insofern auch vielschichtige, teils gravierende und dem demokratischen Gleichheitsanspruch der Spätmoderne zuwiderlaufende Folgen für die Subjekte und Gesellschaft nach sich zieht.

### **3. Rationalitäten und Geschichten: Die Beiträge dieses Bandes**

Der vorliegende Band setzt, anknüpfend an die skizzierten Überlegungen, in interdisziplinärer Perspektive zu einer Reflexion des pandemischen Geschehens unter besonderer Berücksichtigung der in diesem Zusammenhang zu beobachtenden Verhältnisse von (Vor)Sorge und (Un)Gleichheiten an.

#### **Rationalitäten**

Unter dem Stichwort »Rationalitäten« sind Beiträge gebündelt, die sich wesentlich mit den Strukturmerkmalen und inhärenten Logiken pandemischer Politiken befassen. In den Blick rücken neben bundespolitischen Infektionspräventionsmaßnahmen und deren alltäglicher Umsetzung auch die damit in Zusammenhang stehenden und/oder dadurch weiter mobilisierten politischen Kräfte und Gesellschaftsdiskurse. Die Breite der Phänomene gibt dabei einen Einblick in die gesellschaftlich umfassenden Auswirkungen der Pandemie. So haben die politischen Bemühungen zur Verhinderung von Infektionen mit Sars-Cov-2 sowie den damit verbundenen Erkrankungen und Todesfällen, wie eingangs auch angesprochen, Auswirkungen auf sämtliche Gesellschaftsbereiche – dies sicher verstärkt in Phasen verdichteter Coronamaßnahmen im Rahmen der sog. Lockdowns und Kontaktbeschränkungen. Weitreichende Auswirkungen lassen sich auch für jene Maßnahmen feststellen, mittels derer

im Sinne der (sekundären) Vorsorge auf potenzielle und sich zeigende Konsequenzen der unmittelbaren Infektionspräventionsmaßnahmen reagiert wird, z.B. Aufholprogramme für Schüler\*innen, Kurzarbeit oder Corona-hilfen. Über die in den Beiträgen analysierten Rationalitäten pandemischer Politiken erhärtet sich der Eindruck, dass in der Pandemie keine gänzlich neuen Politiken installiert werden. Viel eher werden vorher bestehende Politiken aufgenommen und teils umgewandelt, teils aber auch intensiviert, was insgesamt auf politische Veränderungen mit bedingter Reichweite in und über die Pandemie schließen lässt. Zugleich werden über diese gegenwärtig bestehende gesellschaftliche (Un)Gleichheitsverhältnisse eher bestärkt, denn verringert. Die Frage ist jedoch, was bleibt. Hierauf nehmen die Beiträge jeweils Bezug und entwickeln erste Prognosen. Dabei werden auch angesichts der Gegenwärtigkeit der Entwicklungen weitere Forschungs- sowie Handlungsbedarfe identifiziert.

Die Ausgangsbeobachtung des Beitrags von *Fabian Kessl* lautet, dass etablierte wohlfahrtsstaatliche Politiken der Angstvermeidung, also der Risikoabsicherung, in der Pandemie an Wirkmächtigkeit eingebüßt haben. Sind sie, so fragt er, einer Politik – und Regierung – der Angst gewichen? Die Logiken pandemischer Gouvernementalität jedenfalls, wie sie in politischen Dokumenten, Programmen und Maßnahmen hervortreten, legten dies nahe. Angst diene dabei in zweierlei Hinsicht der politischen Mobilisierung: Auf der einen Seite werde sie mit dem Ziel eingesetzt, Menschen zur Einhaltung von Infektionspräventionsmaßnahmen zu bewegen, auf der anderen Seite werde die Pandemiepolitik von rechts wie links kritisiert in Form einer Skandalisierung des pandemiepolitischen, angstbegründeten, bisher angeblich nie dagewesenen ›Ausnahmestands‹ (Agamben), dessen Ausrufung allerdings historische und empirische Argumente entgegenstünden. Für die Zukunft entwirft Kessl drei Szenarien bzw. Optionen des Umgangs mit »Krisen neuen Typs«, wie sie die COVID-19-Pandemie darstelle; darunter eine, aus der sich eine »demokratisch organisierte sozial-ökologische Transformation ergeben würde«. Es brauche, so Kessl abschließend, eine Krisenpolitik, die sich nicht auf Katastrophen- und Infektionsschutz reduzieren lasse, und einer Krisenbildung, die mehr sei als eine Ausbildung in Katastrophenbewältigung.

*Stefan Brieger, Isabelle-Christine Panreck und Julia Stolzenberger* zeichnen anhand des Beispiels der Protestlandschaft in Sachsen detailliert nach, wie bereits vor COVID-19 aktive, anti-demokratische Kräfte an die Pandemiepolitik anschließen und zur Mobilisierung entsprechender Protestbewegungen die Infektionspräventionsmaßnahmen, insbesondere der Bundesregierung,

skandalisieren. Das demokratische Versprechen der Gleichheit, argumentieren die Autor\*innen, gerate nicht allein durch die im engeren Sinne gesundheitssystembezogenen Folgen der Pandemie angesichts knapper Klinikbettenkapazitäten unter Druck, sondern auch durch die Nutzung des Versammlungsrechts, um die Demokratie durch die Verbreitung von Ungleichheitsideologien, insbesondere unter Rückgriff auf Rassismen, zu erodieren. Staatliches Handeln werde zudem durch diese Kräfte diskreditiert, indem die Gesundheitskrise im Zuge einer Radikalisierung geleugnet, dekontextualisiert und – etwa zu einer ›Freiheitskrise‹ – umgedeutet werde. Weiter von Relevanz hierbei ist das Eindringen von Teilen der Protestbewegung in den persönlichen Lebensbereich von Politiker\*innen, wie bei Versammlungen und Fackelmärschen vor Privathäusern. Dabei sei zwischen sich während der Pandemie radikalisierenden und bereits vor der Pandemie aktiven rechts-extremistischen Gruppierungen zu unterscheiden. Damit – so die zentrale Erkenntnis des Beitrags von Brieger, Panreck und Stolzenberger – greifen auch Perspektiven zu kurz, die das heterogene Protestgeschehen seit Beginn der Pandemie einzig als Reaktion auf die Gesundheitskrise und die sie adressierenden Maßnahmen verstehen.

Der Beitrag von *Paul Mecheril, Matthias Puhmann, Tobi\* Warkentin und Sarah-Luise von Wintzingerode* nimmt wiederum in vulnerabilitäts- und vulnerabilitätstheoretischen Zugängen auf das pandemische Geschehen Bezug. Aufgezeigt wird eine »strukturelle[] Vulnerabilitätsungleichheit«, die in der COVID-19-Pandemie hervortritt und sich verschärft, dabei jedoch ebenfalls kein neues Phänomen darstellt, sondern Ausdruck vor-pandemischer Machtverhältnisse ist. In einer globalen Perspektive arbeiten die Autor\*innen die ungleichen Verletzbarkeiten im pandemischen Geschehen mit Bezug auf das Ausmaß von potenziell verletzenden Bedingungen, Ressourcen zum Schutz vor Verletzungen und Möglichkeiten zur Bewältigung von Konsequenzen von Verletzungen heraus. Diesen Ungleichheiten gegenüber konstatieren sie eine »Ignoranz der Ungleichheit« als eine »Ignoranz derer, die schweigen, obgleich sie wissen und informiert sind«, wie sie sich am Beispiel von den Lebensbedingungen von Menschen in lagerähnlichen Sammelunterkünften für Geflüchtete zeigt und im Beitrag mit Blick auf natio-ethno-kulturell kodierte Unterscheidungen entfaltet wird. Zur Überwindung der Ignoranz, die sowohl kognitiv-rezeptive als auch affektiv-praktische Momente aufweise, entwerfen Mecheril, Puhmann, Warkentin und von Wintzingerode Perspektiven einer politischen Bildung, die sich an postkommunitärer Solidarität orientiert.

Der Umstand, dass sie kein erst durch Corona hervorgebrachtes Phänomen darstellen, kann wohl auch mit Blick auf Bildungsgerechtigkeiten festgehalten werden. Nun sind grundsätzlich Ansprüche auf Gleichheit und Gerechtigkeit in demokratischen Sozialstaaten eng miteinander verwoben. Dass es darum gehe, *Startchancengleichheit* und dadurch Gerechtigkeit herzustellen, ist ein Gedanke, der in den letzten zwei Jahrzehnten gesellschaftlich und politisch zunehmend an Aufmerksamkeit gewonnen hat. Hieran schließt der Beitrag von *Nina Thieme* an, in dem angesichts von Schulschließungen als Infektionspräventionsmaßnahme auf das Thema Bildungsgerechtigkeit in bildungspolitischen, öffentlichen und auch wissenschaftlichen Diskursen in pandemischen Zeiten näher eingegangen wird. Die Idee der Startchancengleichheit erweist sich dabei im Ergebnis, so Thieme, als gleich doppelt problematisch: Habe sie doch, zum einen, Ungleichheit sowohl als Voraussetzung als auch zum Zweck; zum anderen verkürze die Rede von der Startchancengleichheit die Debatte auf Fragen des *Zugangs* zu Bildung, wo doch Bildungsprozesse und -*ergebnisse* zu betrachten wären. Auf pandemische Zeiten bezogen, plädiert Thieme unter Rückgriff auf gerechtigkeits- und anerkennungstheoretische Positionen für ein Verständnis von Bildungsgerechtigkeit, das weniger das für den eigenen Bildungserfolg bzw. -misserfolg selbst verantwortliche Individuum, als die (nicht) befähigenden Strukturen und Praktiken in (schulischen) Bildungsinstitutionen in den Blick nimmt. Letztere zukünftig im Sinne einer Anerkennung junger Menschen in pädagogischen Beziehungen so zu gestalten, dass durch Bildungsprozesse Handlungsfähigkeiten und Verwirklichungschancen realisiert werden, wäre dann – nicht, dass es diese noch gebraucht hätte – eine ›Lehre‹ aus Corona.

*Hendrik Richter* fokussiert in seinem Beitrag, der auf einer ethnografischen Studie zu Praktiken der Integration basiert, den pandemischen Schulalltag an einer Mittelschule einer österreichischen Großstadt im Schuljahr 2019/20. Auch hier zeigt sich, dass die Corona-Krise, wie der Autor ausführt, nicht als Phänomen verstanden werden müsse, das *neue* schulischen Ordnungsmuster hervorgebracht habe; vielmehr hätten sich bestehende Logiken verstärkt und sichtbar rekonfiguriert. So wird etwa die Abhängigkeit der Erledigung von Arbeitsaufträgen im Home Learning im Lockdown von Ressourcen, von technischen Endgeräten bis zu Unterstützungsmöglichkeiten, überaus deutlich. Für sozio-ökonomisch benachteiligte Schüler\*innen, so stellt Richter fest, wären schlechte technische Ausstattungen, ungünstige Wohnbedingungen, ein geringes (kulturelles) Bildungskapital der Eltern sowie belastende Arbeitsverhältnisse und diverse psychische/gesundheitliche Belastungen auf eine

Schulpraxis getroffen, in der diese Aspekte wenig bis keine Berücksichtigung erfahren. Auch nach der Wiedereröffnung von Schulen, als Klassen geteilt und Unterricht geblockt wurde, hätten sich zuvor bereits vorhandene Barrieren für weiterführende Bildungskarrieren und damit Bedingungen der Reproduktion von Bildungsungleichheit weiter vergrößert.

*Albrecht Rohrmann* beleuchtet in seinem Beitrag die Situation in stationären Einrichtungen der Eingliederungshilfe und der Pflege während der Pandemie, in denen in Deutschland über eine Millionen Menschen untergebracht sind. Eine wichtige Begründung für die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie stellte der Schutz von älteren, chronisch erkrankten und beeinträchtigten Menschen dar, die ein deutlich erhöhtes Risiko für schwere Verläufe nach einer Infektion mit dem Sars-Cov-2-Virus aufweisen. Rohrmann diskutiert zunächst die Ambivalenzen der Begründung von Corona-Maßnahmen in Bezug auf Bewohner\*innen von Heimen. Davon ausgehend arbeitet er die deutliche Verschärfung von strukturellen Ausgrenzungsrisiken stationärer Einrichtungen während der Pandemie heraus, wobei Isolation, Gewalt und freiheitseinschränkende und -entziehende Maßnahmen hervortreten. Dringend notwendig sei, so Rohrmann abschließend, eine Aufarbeitung des Vorgehens in der Pandemie mit allen involvierten Akteur\*innen, vor allem auch den Bewohner\*innen von Einrichtungen.

Schließlich wird im Beitrag von *Friederike Schmidt* ein prominentes Artefakt der Infektionsprävention unter die Lupe genommen: Die Corona-Warn-App. Die App wurde für mobile Endgeräte entwickelt, um mittels einer anonymisierten, Bluetooth-gestützten Informationsweitergabe von Infektionsmeldungen sowie Kontaktnachverfolgung zur Eindämmung des Infektionsgeschehens beizutragen. Wie sich an der App und der damit verbundenen Werbekampagne zeigt, wird politisch in spezifischer Weise versucht, die Subjekte in die Eindämmung des pandemischen Geschehens zu involvieren. Einerseits werden Techniken der Responsibilisierung und Moralisierung sichtbar, andererseits wird eine Intensivierung des Risikobewusstseins der Subjekte als weiteres Element pandemischer Politiken deutlich. Damit wird an Regierungsweisen spätmoderner Gesellschaften angeschlossen, die schon vor der Pandemie Bestand hatten und die, so Schmidts Annahme, während der Pandemie weiteren Vorschub erhalten – auch angesichts ihrer sich in der Pandemie zeigenden Plausibilität.

## Geschichten

Unter dem Stichwort »Geschichten« werden in diesem Band wiederum Beiträge gebündelt, deren Fokus sich auf die Rekonstruktion von Perspektiven von Teilnehmenden im pandemischen Geschehen richtet. Der Begriff »Geschichten« ist selbstverständlich mitnichten despektierlich gemeint. Er drückt ganz im Gegenteil die u.E. zentrale Bedeutsamkeit des Erlebens von Subjekten und der Alltagsgestaltung in Verhältnissen der Sorge(n) unter sozial ungleichen Bedingungen in pandemischen Zeiten aus. Dabei rücken auch hier sehr unterschiedliche Phänomene, genauer Lebensbereiche, in den Blick. Über diese lässt sich der Befund der gesellschaftlich-umfassenden Auswirkungen der Pandemie weiter plausibilisieren und v.a. konkretisieren. Zugleich zeigt die Zusammenschau der Beiträge eindrucklich, wie (Vor)Sorge und (Un)Gleichheiten in der Pandemie miteinander verzahnt sind, wirken die Infektionspräventionsmaßnahmen v.a. auf sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen einschränkend ein. Insofern lässt sich auch mit Bezug auf diese Beiträge die These einer Bestärkung gesellschaftlicher Ungleichheitsverhältnisse in und durch die Pandemie entwickeln. Dennoch erscheint hier eine differenzierte Perspektive mit Bezug auf die Umgangs- und Bewältigungsformen einschränkender Lebensbedingungen bedeutsam, welche in den Beiträgen deutlich werden und die auf selbst geschaffene Handlungsspielräume verweisen.

Im Zentrum des Beitrags von *Severine Thomas* stehen Sorgeperspektiven junger Menschen seit der Covid-19-Pandemie. Die Autorin berichtet von Ergebnissen der JuCo I-III-Studien, in denen junge Menschen im Alter von 15–30 Jahren bundesweit zu ihren Erfahrungen und Perspektiven befragt wurden. Anhand eines also überaus umfangreichen Datenkorpus', der Aussagen zur Prozesshaftigkeit des Erlebens des pandemischen Geschehens ermöglicht, analysiert Thomas mit Blick auf die Thematik dieses Bandes die Frage, welche Themen inwieweit jungen Menschen Sorgen bereiteten. Dabei legt sie ein Verständnis von Sorgeerleben zugrunde, das über psychologisch-gesundheitsbezogene Aspekte hinausgeht und eine gesellschaftliche Positionierung vieler junger Menschen angesichts der kollektiven Erfahrungen während der Pandemie gegenüber riskanten gesellschaftlichen Bedingungen und ihren eigenen Bewältigungsversuchen umfasst. Besonders hervor treten im pandemischen Kontext, wie Thomas ausführt, finanzielle Sorgen junger Menschen, Sorgen um die Gesamtsituation über das, was in Deutschland aktuell passiere, sowie die Sorge, sich selbst oder eine andere Person anzustecken. In Äußerun-

gen junger Menschen werden ihre Sorgen etwa als Ungewissheit hinsichtlich ihrer Zukunftsplanung, als Belastungen durch das Alleinsein oder auch als Sorge vor einer gesellschaftlichen Spaltung offenbar. Im Gesamtbild zeigten sich dabei »multiple Einflüsse der Pandemie auf die Lebenswirklichkeit junger Menschen«, die sich durchaus deutlich unterschieden, insgesamt jedoch einer vertieften Erforschung bedürften. Generell, so stellt Thomas fest, fänden junge Menschen mit ihren Interessen und Sorgen gesellschaftlich wenig Beachtung. Nicht zuletzt dieser Aspekt – dass sich junge Menschen mit ihren Sorgen nicht wahrgenommen fühlten – habe sich, so ein zentraler Befund von JuCo I-III, in der Pandemie bestätigt.

*Martina Richter* nimmt die Anforderungen, die sich an Elternschaft und Mutterschaft im Kontext einer propagierten Bildungskindheit richten, und ihre Intensivierung durch die Infektionspräventionsmaßnahme des Home Schoolings insbesondere unter einer geschlechterungleichheitsbezogenen Perspektive in den Blick. Den Hintergrund dafür bilden Überlegungen der Autorin zu einer wechselseitigen Bedingtheit von Erziehung, Bildung und Sorge in Familie und pädagogischen Institutionen sowie Reflexionen zur Relationierung von privater und öffentlicher Sphäre. Anhand von empirischem Material aus einer Interviewstudie veranschaulicht Richter, wie im pandemischen Alltag schulische Verpflichtungen und Anforderungsstrukturen in die familiäre Privatheit eingelagert und von den beteiligten Akteur\*innen aufgegriffen und reproduziert werden. Im Ergebnis werden höchst ungleichheitsrelevante Zuweisungen »guter« Elternschaft und Mutterschaft deutlich.

Wie unterschiedliche Angebote der Sozialen Arbeit unter Pandemiebedingungen aus der Perspektive von Nutzer\*innen gestaltet und erlebt werden, wird von *Rebekka Streck* in ihrem Beitrag untersucht. Ausgehend von dem für die Soziale Arbeit zentralen Partizipationspostulat gibt sie auf der Grundlage von in Interviews erhobenen Erzählungen Einblicke, wie Nutzer\*innen von Angeboten Sozialer Arbeit Veränderungen in der Angebotsstruktur angesichts von Infektionspräventionsmaßnahmen wahrnehmen. Im Blickpunkt steht v.a. ihre (Nicht-)Beteiligung an Angeboten. Vor dem Hintergrund, dass 40 % der Einrichtungen während der Pandemie zeitweise nicht für Adressat\*innen geöffnet gewesen sind (vgl. Meyer/Buschle 2020), treten in der Analyse von Streck dabei relationale Prozesse des Schließens und Öffnens von Partizipationsgelegenheiten hervor. Anschaulich wird zum einen, wie Angebote aus Sicht von Nutzer\*innen angesichts von Abstandsgeboten geradezu entkernt werden und sich Sozialarbeiter\*innen aus Angst vor Ansteckungen abschotten, eine Partizipation somit unmöglich wird. Zum anderen zeigen sich situative

Öffnungen bis hin zu einer ermöglichenden gemeinsamen Praxis im Sinne von partizipativer Gestaltung von Angeboten in der Pandemie, wenn etwa Nutzer\*innen und Sozialarbeiter\*innen gemeinsam planen, wie sie mit den Vorschriften zum Infektionsschutz konkret umgehen.

Aus der Perspektive der Critical Blindness Studies analysiert *Natalie Geese* schließlich in einem auto-ethnografischen Zugang Navigationspraktiken blinder Menschen angesichts von Abstandsgeboten in pandemischen Zeiten. Über einen Vergleich von Alltagssituationen vor und während der Pandemie gibt ihre Studie einen detaillierten Einblick in Herausforderungen, mit denen Personen mit eingeschränktem Sehvermögen bei der alltäglichen Navigation konfrontiert sind. Zugleich werden navigierende Lösungsstrategien in einer Kultur der Visualität deutlich. So werden Praktiken zur Vermeidung der Nutzung des öffentlichen Raums in ihren Ambivalenzen und nicht intendierten Folgen ebenso deutlich wie – wortwörtliche – berührende Verständigungen über räumliche Positionen. Eine wesentliche Veränderung der Navigations- und damit verbundenen Kommunikationsstrategien von blinden und sehenden Personen vor und während der Pandemie ist dabei, wie Geese zeigt, nicht festzustellen. Vielmehr werde kommuniziert, so die Autorin, in dem die pandemische Kommunikationsordnung nicht angewendet werde; die dadurch entstehende räumliche Nähe hat ein erhöhtes Infektionsrisiko zur Folge.

Mit den skizzierten Perspektiven trägt der Band zu einer Reflexion der COVID-19-Pandemie und ihrer Politiken, deren Rationalitäten wie auch den damit verbundenen Geschichten bei. Entstanden ist er ausgehend von einer gleichnamigen Ringvorlesung an der Universität Siegen im Sommer 2021 – somit inmitten des pandemischen Geschehens, als die Folgen von Sars-Cov-2 und der Coronapolitik bereits deutlich wahrzunehmen waren. Auswirkungen der Pandemie sind bis heute festzustellen. Dennoch bleibt die Frage, was von der Pandemie Spuren hinterlassen und Bestand haben wird. Diese Frage kann auch das vorliegende Buch nicht klären, und sie ist letztlich auch erst zukünftig zu beantworten. Jedoch geben die Beiträge des Bandes verschiedene Anstöße zu einem weiteren Nachdenken über Zusammenhänge von (Vor)Sorge und (Un)Gleichheiten in pandemischen Zeiten. Hierfür und damit für ihre Beteiligung am Buch möchten wir allen Autor\*innen herzlich danken. Daneben gilt unser herzlicher Dank dem Institut für Sozialpädagogik der Universität Siegen, das sowohl die Ringvorlesung als auch den Band finanziell unterstützt hat.

## Literatur

- Abel, Emily K./Nelson, Margaret K. (Hg) (1990), *Circles of care. Work and identity in women's lives*, Albany, NY: State University of New York Press.
- Alemann, Annette. v. (2022): »Soziale Ungleichheit und Intersektionalität«, in: Astrid Biele Mefebue/Andrea D. Bührmann/Sabine Grenz (Hg.), *Handbuch Intersektionalitätsforschung*, Wiesbaden: Springer, S. 20–34.
- Bastian, Pascal (2015): »Frühe Hilfen und das Risiko der Prävention. Zu den Problemen des Präventionsbegriffs für die Fachkräfte in Frühen Hilfen«, in: *Sozial Extra*, 39(1), S. 56–60.
- Bröckling, Ulrich (2004): »Prävention«, in: Ulrich Bröckling/Susanne Krasemann/Thomas Lemke (Hg.), *Glossar der Gegenwart*. Frankfurt, Main: Suhrkamp, S. 210–215.
- Bröckling, Ulrich (2017): *Gute Hirten führen sanft. Über Menschenregierungskünste*. Frankfurt, Main: Suhrkamp.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2009): 13. Kinder- und Jugendbericht: »Mehr Chancen für gesundes Aufwachsen – Gesundheitsbezogene Prävention und Gesundheitsförderung in der Kinder- und Jugendhilfe«. Berlin
- Crenshaw, Kimberley (1989): »Demarginalizing the Intersection of Race and Sex: A Black Feminist Critique of Antidiscrimination Doctrine, Feminist Theory and Antiracist Politics«, in *University of Chicago Legal Forum* 1, S. 139–167.
- Digitale Wörterbuch der deutschen Sprache (DWDS) (2023): »Sorge«, online: <https://www.dwds.de/wb/Sorge> vom 21.05.2023.
- Dowling, Emma (2022): *The Care Crisis. What Caused It and How Can We End It?*, London, New York: Verso.
- Fuchs, Peter (2008): »Prävention – Zur Mythologie und Realität einer paradoxen Zuvorkommenheit«, in: Irmhild Saake/Werner Vogd (Hg.) *Moderne Mythen der Medizin. Studien zur organisierten Krankheitsbehandlung*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 363–378.
- Hark, Sabine (2021): *Gemeinschaft der Ungewählten. Umriss eines politischen Ethos der Kohabitation: ein Essay*, Berlin: Suhrkamp.
- Henkel, Anna (2016): »Zukunftsbewältigung. Dimensionen der Sorge als Analyseperspektive moderner Gesellschaft«, in: Anna Henkel/Isolde Karle/Gesa Lindemann/Micha Werner (Hg.), *Dimensionen der Sorge*, Baden Baden: Nomos-Verlag, S. 35–59.

- Henkel, Anna/Karle, Isolde/Lindemann, Gesa/Werner, Micha (2016): »Drei Dimensionen der Sorge«, in: Anna Henkel/Isolde Karle/Gesa Lindemann/Micha Werner (Hg.), Dimensionen der Sorge, Baden Baden: Nomos-Verlag, S. S. 21–34.
- Hillebrandt, Frank (2001): »Differenz und Differenzierung in soziologischer Perspektive«, in: Helma Lutz/Norbert Wenning (Hg.), Unterschiedlich verschieden. Differenz in der Erziehungswissenschaft, Opladen: Leske und Budrich, S. 47–70.
- Hillmert, Steffen (2012): »Familienstrukturen und soziale Bildungsreproduktion«, in: Ruth Becker/Heike Solga (Hg.), Soziologische Bildungsforschung. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie Sonderhefte, Heft 52, Wiesbaden Springer VS, S. 325–345.
- Hirschauer, Stefan (2014): »Un/doing Differences. Die Kontingenz sozialer Zugehörigkeiten«, in Zeitschrift für Soziologie 43 (3), S. 170–191.
- Holst, Hajo/Fessler, Agnes/Niehoff, Steffen (2022): »Covid-19, Ungleichheit und (Erwerbs-)Arbeit – zur Relevanz sozialer Klasse in der Pandemie«, in Zeitschrift für Soziologie 51 (1), S. 41–65.
- Karle, Isolde (2019): »Sorget nicht in der Sorgegesellschaft«, in: Anna Henkel/Isolde Karle/Gesa Lindemann/Micha Werner (Hg.), Sorget nicht – Kritik der Sorge. Dimensionen der Sorge, Baden Baden: Nomos Verlag, S. 19–30.
- Kaufmann, Franz-Xaver (2005): Sozialpolitik und Sozialstaat: Soziologische Analysen. 2., erw. Auflage, Wiesbaden: Springer VS.
- Kelle, Helga/Schmidt, Friederike (2017): »Räume der Beobachtung von Kindern. Einführung in den Schwerpunkt«, in: Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation (ZSE), 37(4), S. 343–349.
- Kelle, Helga/Schmidt, Friederike/Schweda, Anna (2016): »Entstehung und Abbau von Bildungsungleichheiten. Herausforderungen für die empirische Bildungsforschung mit Fokus auf der frühen Kindheit«, in: Isabell Diehm/Melanie Kuhn/Claudia Machold (Hg.), Differenz – Ungleichheit – Erziehungswissenschaft, Wiesbaden: Springer VS, S. 63–79.
- Klinger, Cornelia/Knapp, Gudrun-Axeli (2007): »Achsen der Ungleichheit – Achsen der Differenz: Verhältnisbestimmungen von Klasse, Geschlecht, ›Rasse‹/Ethnizität«, in: Cornelia Klinger/Gudrun-Axeli Knapp/Birgit Sauer (Hg.), Achsen der Ungleichheit. Zum Verhältnis von Klasse, Geschlecht und Ethnizität, Frankfurt, New York: Campus, S. 19–41.
- Knöchelmann, Anja/Richter, Matthias (2021): »COVID-19 und soziale Ungleichheit«, in: Public Health Forum 29 (1), S. 2–4, online: <https://doi.org/10.1515/pubhef-2020-0106> vom 28.05.2023.

- Kreckel, Reinhard (2004): *Politische Soziologie der sozialen Ungleichheit*. 3., überarbeitete und erweiterte Auflage, Frankfurt/New York: Campus.
- Kurth, Bärbel-Maria/Schaffrath Rosario, Angelika (2007): »Die Verbreitung von Übergewicht und Adipositas bei Kindern und Jugendlichen in Deutschland. Ergebnisse des bundesweiten Kinder- und Jugendgesundheits surveys (KiGGS)«, in: *Bundesgesundheitsblatt, Gesundheitsforschung, Gesundheitsschutz* 50, 5/6, S. 736–743.
- Kutscher, Nadia (2018): »Frühe Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Kindertagespflege«, in: Karin Böllert (Hg.), *Kompodium Kinder- und Jugendhilfe*, Wiesbaden: Springer, S. 679–691.
- Langer, Antje/Mahs, Claudia/Thon, Christine/Windheuser, Jeanette (Hg.) (2022), *Pädagogik und Geschlechterverhältnisse in der Pandemie. Analyse und Kritik fragwürdiger Normalitäten*, Opladen, Berlin, Toronto: Verlag Barbara Budrich.
- Lessenich, Stephan (2008): »Wohlfahrtsstaat«, in: Nina Baur/Hermann Korte/Martina Löw/Markus Schroer (Hg.), *Handbuch Soziologie*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 483–498.
- Manemann, Jürgen (2020): »Gleichheit vor dem Virus! Verwundbarkeiten und das Tragische in der Corona-Krise«, in: Michael Volkmer/Karin Werner (Hg.), *Die Corona-Gesellschaft: Analysen zur Lage und Perspektiven für die Zukunft*, Bielefeld: transcript, S. 349–356.
- Mau, Steffen/Schöneck, Nadine (2015): »Einleitung: (Un-)Gerechte (Un-)Gleichheiten«, in: Steffen Mau/Nadine Schöneck (Hg.), *(Un-)gerechte (Un-)Gleichheiten*, Berlin: Suhrkamp, S. 9–15.
- Meyer, Nikolaus/Buschle, Christina (2020): *Soziale Arbeit in der Corona-Pandemie: Zwischen Überforderung und Marginalisierung/Empirische Trends und professionstheoretische Analysen zur Arbeitssituation im Lockdown*. Erfurt: IUBH Internationale Hochschule, online: [https://www.ssoar.info/ssoar/bitstream/handle/document/68095/ssoar-2020-meyer\\_et\\_al-Soziale\\_Arbeit\\_in\\_der\\_Corona-Pandemie.pdf?sequence=1&isAllowed=y&lnkname=ssoar-2020-meyer\\_et\\_al-Soziale\\_Arbeit\\_in\\_der\\_Corona-Pandemie.pdf](https://www.ssoar.info/ssoar/bitstream/handle/document/68095/ssoar-2020-meyer_et_al-Soziale_Arbeit_in_der_Corona-Pandemie.pdf?sequence=1&isAllowed=y&lnkname=ssoar-2020-meyer_et_al-Soziale_Arbeit_in_der_Corona-Pandemie.pdf) vom 28.05.2023.
- Müller, Katharina (2022): *Vulnerabilität und Ungleichheit in der COVID-19-Pandemie. Perspektiven auf Alter, Geschlecht, sozialen Status und Ethnizität*, Weinheim: Beltz.
- Nachtwey, Oliver (2016): *Die Abstiegs-gesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne*, Berlin: Suhrkamp.

- Neef, Theresa/Chancel, Lucas (2022): »Wie ungleich ist die Welt? Ergebnisse des World Inequality Report 2022«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 2022–09–20, Heft 37–38, S. 29–39
- Pfaff, Nicolle/Rabenstein, Kerstin (2018): *Rekonstruktive Ungleichheitsforschung*. Schwerpunktheft der Zeitschrift für Qualitative Forschung 19 (1–2).
- Plonz, Sabine/Haug, Frigga/Meyer-Siebert, Jutta/Soiland, Tove (Hg.) (2011): *Care – eine feministische Kritik der politischen Ökonomie?* Schwerpunktheft der Zeitschrift *Das Argument* 53(3).
- Reckwitz, Andreas (2019): *Das Ende der Illusionen. Politik, Ökonomie und Kultur in der Spätmoderne*, Berlin: Suhrkamp.
- Rettig, Hanna/Schröder, Julia/Zeller, Maren (2017): »Familienhebammen als Mütterhebammen«, in: *Soziale Passagen*, 8(1), S. 365–380.
- Schmidt, Friederike (2020): »Verhindern und Normieren. Über präventive Bemühungen der Optimierung der Ernährung von Kindern«, in: *Zeitschrift für Pädagogik*, 66 (1), S. 48–55.
- Schmidt, Friederike (2021): »Konfigurationen von Ängsten und Unsicherheiten in präventiven Gesundheitsmaßnahmen«, in: Christiane Thompson/Jörg Zirfas/Wolfgang Meseth/Thorsten Fuchs (Hg.), *Erziehungswirklichkeiten in Zeiten von Angst und Verunsicherung*, Weinheim, Basel: Beltz Juventa, S. 102–116.
- Seyd, Benjamin/Band, Henri (2020): »It's inequality, stupid!«, in: *Berliner Journal für Soziologie* 30 (3–4), S. 313–316.
- Solga, Heike/Berger, Peter A./Powell, Justin (2009): »Soziale Ungleichheit – Kein Schnee von gestern! Eine Einführung«, in: Heike Solga/Justin Powell/Peter A. Berger (Hg.), *Soziale Ungleichheit. Klassische Texte zur Sozialstrukturanalyse*, Frankfurt, New York: Campus Verlag, S. 11–45.
- Thieß, Malte (2021): *Auf Abstand. Eine Gesellschaftsgeschichte der Coronapandemie*, Frankfurt, New York: Campus Verlag.
- Villa, Paula-Irene. (2020): »Corona-Krise meets Care-Krise – Ist das systemrelevant?«, in: *Leviathan* 48 (3), S. 433–450.
- Voigts, Gunda (2020): »Jugendliche brauchen Freiräume!« – ein Plädoyer, für die Perspektiven junger Menschen in Corona-Zeiten einzutreten«, in: *Diskurs Kindheits- und Jugendforschung* 2–2020, S. 217–222.
- Volkmer, Michael/Werner, Karin (Hg.) (2020), *Die Corona-Gesellschaft: Analysen zur Lage und Perspektiven für die Zukunft*, Bielefeld: transcript.
- Winker, Gabriele/Degele, Nina (2010): *Intersektionalität. Zur Analyse sozialer Ungleichheiten*. 2., unveränd. Aufl., Bielefeld: transcript.